

Wirtschaftlicher Betrieb einer Teilteilungsplattform

Dr. Martin Wind, Technologie-Zentrum Informatik der Universität Bremen, wind@tzi.de

Zur Zeit wird viel über E-Democracy als wichtigem Bestandteil von E-Government diskutiert. Das Internet schafft die technischen Voraussetzungen, um teilteilungsrelevante Angebote realisieren zu können. Ob es aber tatsächlich zu einer stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse kommt, hängt nicht so sehr von der Technik ab. Entscheidender ist vielmehr, welchen Stellenwert die Bürgerbeteiligung in der politischen Kultur unseres Staates, eines Bundeslandes oder einer Kommune besitzt, ob die politischen Gremien bereit sind, den Bürgerinnen und Bürgern substarzielle Teilteilungsrechte einzuräumen und wie hoch der organisatorische und finanzielle Aufwand ist.

An dieser Stelle soll in gebotener Kürze und am Beispiel des kommunalen Anwendungsfeldes die Idee einer mandantenfähigen Online-Teilteilungsplattform skizziert werden. Will eine Kommune derzeit über ihr Stadtinformationssystem ein Teilteilungsangebot unterbreiten, kann sie zwischen unterschiedlichen Anbietern für die erforderlichen Funktionalitäten (Kartenviewer, Diskussionsforum, Abstimmungen etc.) wählen oder von vornherein den Weg einer kostenintensiven Eigenentwicklung beschreiten.

In dieser Situation wäre es hilfreich, wenn über eine modular aufgebaute Plattform die für Teilteilungsverfahren benötigten Funktionalitäten auf möglichst einfache Weise temporär gebucht, an die eigenen Bedürfnisse angepasst und über Links im Stadtinformationssystem den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden könnten. Durch die Integration unterschiedlicher Module auf einer einzigen Plattform wäre außerdem die Kompatibilität zwischen den einzelnen Anwendungen gewährleistet.

Als Vorbild für ein praktikables und belastbares Geschäftsmodell können Application Service Provider (ASP) dienen, die ihren Kunden Software gegen Gebühr zur Verfügung stellen. Vergleichbar mit virtuellen Marktplätzen, auf denen sich die Anbieter aus bereitgestellten Funktionalitäten ihren individuellen Shop einrichten, würden auf dem „Teilteilungsserver“ die für partizipative Verfahren benötigten Module zentral vorgehalten. Die Verwaltungen können sich eigene Entwicklungskosten sparen und auf Erfahrungen des Dienstleisters zurückgreifen. Dies wird den Einstieg in die Bürgerbeteiligung via Internet sicherlich erheblich erleichtern.

Die Basisfunktionalitäten des Angebots sollten folgende Anwendungen ermöglichen:

- Aufbereitung, Bereitstellung und Erschließung von Informationen, wozu u.a. leistungsfähige Werkzeuge für den Umgang mit Daten aus unterschiedlichen Geographischen Informationssystemen (GIS) erforderlich sind;
- Stellungnahmen, Kommentierungen und Einsprüche zu Teilteilungsgegenständen (bilaterale Kommunikation);
- Diskussionen über Teilteilungsgegenstände in Foren oder Chatrooms (multilaterale Kommunikation);
- Umfragen und Abstimmungen unterhalb der hohen Anforderungen an Systeme für die Stimmabgabe bei politischen Wahlen.

Je nach Anforderung und ausgewählter Funktionalität sollten die Kommunen als Kunden zwischen unterschiedlichen Sicherheitsniveaus – vom Nutzerzugang ohne Anmeldung bis hin zur Authentifizierung mittels elektronischer Signaturen – wählen können. Die Bezahlung wird sich nach der Komplexität der gewünschten Anwendung (die Bereitstellung geographischer Funktionalitäten ist teurer als ein einfaches Forum), der Dauer ihrer Inanspruchnahme und dem evtl. anfallenden Anpassungsbedarf (zusätzlich erforderliche Funktionalitäten, besondere Anforderungen ans Design usw.) zu richten haben.

Die Plattform muss – ähnlich wie es heute schon bei Shoplösungen auf virtuellen Marktplätzen praktiziert wird – unterschiedlichen Kunden (Mandanten) zum gleichen Zeitpunkt die Konfiguration jeweils eigener Angebote erlauben. Dazu ist es erforderlich, drei Nutzergruppen mit jeweils unterschiedlichen Befugnissen zu verwalten: Betreiber, Kunden (also Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, aber auch Vereine und Verbände) sowie die eigentlichen Benutzer (Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder).

Der Betreiberzugang dient der Steuerung der Plattform insgesamt sowie der Verwaltung der Mandanten. Über den Kundenzugang gestalten die Mandanten das Beteiligungsangebot, indem sie die gewünschten Funktionen auswählen, individuell konfigurieren, Texte und Bilder eingeben, ein Layout auswählen etc. Zur Konfiguration gehört auch die Definition der Rechte für die Benutzer. Die Benutzer schließlich greifen über das Stadtinformationssystem oder die Verbandshomepage auf das Beteiligungsangebot zu.

Mit der Entwicklung einer solchen mandantenfähigen Beteiligungsplattform könnte es insbesondere den Kommunen ermöglicht werden, auf einfache Weise ihre Bürger an Planungen und Entscheidungen zu beteiligen. Auf diese Weise würde außerdem die in letzter Zeit auf das Wahlthema fixierte Auseinandersetzung erweitert und der Blick wieder stärker auf die tatsächlich demokratieförderlichen Potentiale des Internet gelenkt.

Dr. Martin Wind
Technologie-Zentrum Informatik der Universität Bremen
Bereich Software-Ergonomie und Informationsmanagement
Bibliothekstraße 1
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-4852; Fax: -4894
wind@tzi.de